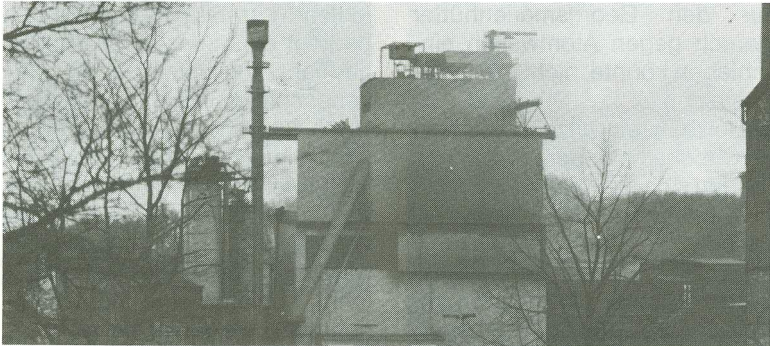


georgsmarienhütte im gespräch



Sozialdemokratische
Bürgerinformation



Josef Niemann:

Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze erhalten!

Klöckner Georgsmarienwerke planen Abbau von etwa 1000 Arbeitsplätzen – Hochofen wird stillgelegt – Elektroofen Osnabrück läuft aus.

Seit acht Jahren besteht schon weltweit die Stahlkrise. Überall werden Kapazitäten abgebaut. Anders als die Bundesrepublik Deutschland haben die übrigen EG-Länder die Stahlerzeugung direkt subventioniert (Zuschuß für jede Tonne erzeugten Stahls). Bei uns galt weiterhin der freie Wettbewerb (= eine Verzerrung des Wettbewerbs). Unter großen Substanzverlusten konnte das eine Zeitlang durchgehalten werden. Klöckner bei uns etwa verkaufte die Klöckner-Eisenbahn, Gelände Rehlberg, den Bardinghaus-Hof, den Kasinopark, Werkswohnungen. Nun ist aber der Punkt erreicht, wo die Stahlindustrie auch bei

uns ohne staatliche (EG-) Hilfen nicht mehr weiter kann.

Es wird versucht, ein Gesamtstrukturkonzept für die Bundesrepublik Deutschland aufzustellen und durchzusetzen. Während sich Thyssen und Krupp zur Rheingruppe zusammenschließen, sind die Verhandlungen zu einer Ruhrgruppe (der Vorschlag von sogenannten „Moderatoren“) zwischen Hoesch, Peine-Salzgitter und Klöckner geplatzt. Klöckner steht zur Zeit alleine da.

Die IG Metall lehnt diese Vorschläge ab, weil darin nicht die Arbeitsplätze der in der Stahlindustrie Beschäftigten im Mittelpunkt stehen. Einzelne kleinere Standorte wie Saarstahl, Maxhütte, Korf Hamburg tauchen im Moderatorenpapier überhaupt nicht auf. Sind sie bereits abgeschrieben? Bestimmt wäre der Stahlstandort Georgsmarienhütte am Ende, gäbe es nicht das neue KS-Verfah-

SPD

Sozialdemokraten

Inhalt:

Eindrücke eines Ostermarschierers	S. 2
1. Georgsmarienhütter Ostermarsch	S. 3
Bau der Mehrzweckhalle von der Kommunalaufsicht in Frage gestellt	S. 4
Ampelanlage Dröper	S. 5
Tanz in den Mai	S. 6
Orientierungsstufe Kloster Oesede gefährdet	S. 6
Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“	S. 7
Wahlnachlese	S. 8

ren. Bei diesem Verfahren werden Kohle und Sauerstoff in die Schmelze geblasen. Es ist energiesparend und damit anderen überlegen. Das KS-Stahlwerk gibt es durch politische Beteiligung und Vermittlung der SPD hier und in Bonn. Besonders MdB Emmerlich und der damalige Forschungsminister Hauff haben es durchgesetzt und Klöckner erst daran interessiert. 50 Millionen DM Bundesmittel wurden zugesprochen.

Schon einmal 1971 war der Stahlstandort Georgsmarienhütte sehr gefährdet. Damals sind wir in zwei Demonstrationen auf die Straße gegangen und die Schließung der Hochöfen konnte verhindert werden.

1950 hatten wir noch 6500 Beschäftigte. Damals benötigten die Öfen etwa 7 Stunden Schmelzzeit für das Erz. Heute haben wir noch 3300 Beschäftigte. Im KS-Stahlverfahren haben wir in ca. 90 Minuten 120 Tonnen flüssig!

Fortsetzung S. 8

Eindrücke eines Ostermarschierers

Mein Start am Marktplatz Kloster Oesede erweist sich als Fehlstart: meine beiden Kleinen wollen ihre Schilder mit den Osterhasen nicht mehr tragen, als sie die Luftballons sehen. Schilder zurück ins Auto, Luftballons kaufen, schnell hinterher. In der Niederschwedeldorfer Str. biegt der Zug gerade um die Ecke . . .

Überhaupt die Marschgeschwindigkeit. Für müde Kinder war zwar ein Pferdewagen da, aber was tun, wenn die Kleine unbedingt in den Kinderwagen will? Einem alten Klöckneraner, dem selbst die 20 Kilometer schwerfallen: Die Organisation ist falsch! Bei der Wehrmacht haben wir das so gemacht: das langsamste Fahrzeug vorweg. Kinderwagen müssen an die Spitze und nicht ans Ende . . . Überhaupt beim Ostermarsch die Erinnerungen ans Militär: ein anderer ehemaliger Klöckneraner (in diesem Jahr in den Sozialplan gekommen) entschuldigt sich dafür, daß er mit dem Fahrrad nebenher fährt: Schon in der Wehrmacht kam ich als Fußkranker zur Artillerie . . .

Vor mir marschiert ein schwarz gekleideter Herr, ziemlich allein im schwatzenden, munteren Ostermarsch. Er kennt wohl niemanden hier. Lebhaft stimmt er zu, als ich mit einem SPD-Genossen über Schorsch Leber schimpfe, der mit seinem Brief an die Katholischen Bischöfe in den USA uns und den Verfassern des Hirtenbriefes gegen Atomwaffen in den Rücken gefallen ist. Er findet offensichtlich den amerikanischen Hirtenbrief gut. Wird er mit dem deutschen Hirtenbrief zur Rüstung genauso zufrieden sein? Den wird er nicht nur hören, sondern verkündigen müssen. Denn der Herr gibt sich als katholischer Geistlicher zu erkennen. Ist es Pastor Schulte-Südhoff oder vielleicht Pfarrer Schönhoff

aus Kloster Oesede? Schließlich gehört doch seine KJG zu den Mitaufrufern des Ostermarsches! Nein, die beiden Herren habe ich unter den Teilnehmern nicht gesehen (ich habe natürlich nicht alle 300 Teilnehmer gesehen). Es ist ein Pfarrer aus Osnabrück, der zwischen seinen Osterdiensten nur den Georgsmarienhütter Marsch gegen Atomwaffen einschleichen konnte, nicht den nach Bramsche . . .

In Holzhausen witzeln wir: jetzt ein Geschäft plündern und schon würden sich die Spalten über den Ostermarsch in der Presse verdoppeln . . .

Da verteilt einer bei der Mittagsrast am Kloster Ohrbeck Blätter von der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). Sollte sich doch ein Kommunist unter die Marschteilnehmer gemischt haben? Ist es vielleicht sogar der große Steuerer, vor dem Staatssekretär Spranger uns alle gewarnt hat? . . .

Auf dem langen Weg zwischen Holzhausen und Althütte laufe ich neben zwei älteren Frauen her, eine schiebt ihr Rad. Jetzt, sagt sie, wo die Kinder aus dem Haus sind, da will ich was tun. Irgendetwas für den Frieden. Irgendetwas

muß man doch tun können. Das muß doch Wirkung haben. Die dürfen doch nicht einfach so weiterrüsten . . .

Die Stadtteile, die Lebensgewohnheiten ihrer Bewohner, haben ihr eigenes Gesicht. Als wir vom Schwimmbad runterkommen, empfängt eine Jungengruppe johlend das Polizeiauto, will unbedingt einen Friedensluftballon am Fahrzeug befestigen. Im Hakeneschfeld sind überall die Rollläden runtergezogen. Die Lehrer wohl alle in Skiurlaub? Breslauer Weg viel Leben, Türkenkinder freuen sich über die Ostereier, die verteilt werden. Für ihr Frechsein werden die Gören auch noch belohnt, schimpft eine Marschteilnehmerin, die genau hier wohnt. . . Bei der Abschlußkundgebung am Rathaus begrüßt mich ein Berufskollege. Auf die Frage, ob er zufällig hier sei, erwidert er etwas bitter: Zufall gibt's hier im Ort nicht. Ihm ist aufgefallen, daß viel Polizei da ist. Kaum hat er das ausgesprochen, dröhnt auch schon das alte Ostermarschlied aus dem Mikrofon: Die Polizei, ist mit dabei . . . Schließlich: **nach einem atomaren Krieg gäbe es hier auch keine Polizei mehr. . .**

Gerhard Brouwer

Arbeiterwohlfahrt



Weil Hilfe
immer
nötig ist.

1. Georgsmarienhütter Ostermarsch



Bei der Abschlußkundgebung vor dem Rathaus forderte Reinhold Thiede Georgsmarienhütte zur atomwaffenfreien Zone (Initiative siehe auch S. 7) zu erklären. Damit sei die Stadt nicht geschützt vor einem Atomkrieg. Auch sei der Initiative klar, daß es auf Stadtgebiet keine Atomwaffen gebe und ihre Stationierung auch nicht geplant sei. Der Antrag und die Proklamation zur atomwaffenfreien Zone sei Symbol des Widerstandes gegen die neuen Raketen. 1983 sollen keine Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden.



Viele Teilnehmer des Ostermarsches mußten erst lernen, wann und wo man die ganze, die halbe Straße oder nur den Bürgersteig benutzen sollte. Erfahrene Ordner sorgten dafür, daß Demonstranten und Verkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nahmen.



Viele bunte Luftballons, Kinder, Kinderwagen, ein Pferdewagen für die Kleinsten gaben dem Zug ein freundliches Gepräge. So manch einer hatte sich unter einer Demonstration etwas anderes vorgestellt.

Bau der Mehrzweckhalle von der Kommunalaufsicht in Frage gestellt!

Haushalt der Stadt mit Auflage zurückgegeben

Der von der CDU-Mehrheit in der Dezember-Sitzung des Rates gegen unsere Stimmen beschlossene Haushaltsplan 1983 ist von der Kommunalaufsicht des Landkreises so nicht genehmigt worden.

Er wurde mit der Auflage zurückgegeben, daß die Stadt das vorgesehene Kreditvolumen um 1 Mio. DM von 5.019.000 DM auf 4.019.000 DM kürzt. Damit ist zwar nicht direkt verfügt, daß die Kommunalaufsicht den Bau der umstrittenen Mehrzweckhalle für gegenwärtig nicht finanzierbar hält; doch da die Kürzungssumme exakt der für 1983 veranschlagten ersten Rate für den Bau entspricht, kann davon ausgegangen werden, daß sich damit unsere finanzpolitischen Aussagen in der letzten Ausgabe dieser Zeitung bestätigt haben.

Es wäre zwar möglich, stattdessen auch andere Baumaßnahmen als die Mehrzweckhalle an ihrer Stelle zu opfern wie z. B. Hindenburgstraße 333.000 DM, Kiewits-

heide 250.000 DM, Kreuzstraße 150.000 DM und Sutfeld 400.000 DM. Doch da diese Maßnahmen bisher einvernehmlich als dringend notwendig angesehen wurden, kann es darüber keinen Zweifel geben, das Großprojekt Mehrzweckhalle zunächst zurückzustellen.

Die gegenwärtige Finanzlage der Stadt und vermutlich auch die des Kreises erlauben keine starken finanziellen Bindungen für mehrere Haushaltsjahre, denn dazu sind die Signale für den kommenden Aufschwung noch zu schwach.

Die Erwartungen des Landkreises, weitere Belastungen den

GMHütter Bürgern zuzumuten, und zwar durch Erhebung einer Regenwasserkanalbenutzungsgebühr und Straßenbaubeiträge (bisher nicht eingeführt) sowie durch Reduzierung der Leistungen an kinderreiche Familien kann von uns nicht getragen werden, zumal dadurch kein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung möglich ist. Wirksamer sind Ausgabekürzungen im Verwaltungshaushalt z. B. durch Wegfall der veranschlagten Folgekosten für die Mehrzweckhalle.

Dieter Selige



Ampelanlage Dröper

Wie war's in Hütte ehemdem
dem Stadtdirektor sehr bequem,
denn was nicht wollt er –
das nicht tat er.
Ob Ratsbeschluß
ob viel Verdruß
bei Bürgern, Eltern und Partei
die Ampel an der Dröper-Schule
– die wollt' er nicht trotz viel Geschrei.
Drum ließ er'n Rat die Haare raufen,
sagt' nicht Bescheid, ließ alles laufen.
Sprach nur: was kümmert mich der Rat,
Ich bin der Herr Direktor!!!

Jetzt will er doch –
man glaubt es kaum
in dieser Sache etwas bau'n.
Er will engen ein die Bahn,
ein Inselchen soll auch noch dran,
damit die braven Grundschul Kinder
sicher die Straße kreuzen, auch im Winter,
Da fragt sich nach so langer Zeit,
ob das nicht hätt' schon längst bereit
und fix und fertig hätt' sein können –
auch gegen Herrn Direktors Sinnen. Kraegeloh



**Die Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
lädt zur
Mitarbeit ein**

**GEW Osnabrück-Land
Georgsmarienhütte**

Kontaktadresse:
**Thomas Haufe
Telefon (05401) 99058**

Auch wenn Innenminister Zimmermann uns für „nützliche Idioten Moskaus“ hält – wir bleiben dabei:

„Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!“

Deshalb steht die Arbeit für den Frieden bei uns an erster Stelle: wir haben den 1. GMHütter Ostermarsch mitorganisiert und machen mit in der Initiative für eine „Atomwaffenfreie Zone GMHütte“!

Neben der Friedensarbeit sind wir vor allem in der Kommunalpolitik aktiv: Für mehr Umweltschutz, gegen Ausländerfeindlichkeit, für Verkehrsberuhigung und gegen unsinnigen Fernstraßenbau.

Wer mehr wissen will:
Wir treffen uns jeden Freitag um 19 Uhr in der
Gaststätte Heuer in Dröper!



**JUNGSOZIALISTEN
IN DER SPD**

30. 4. 1983 Tanz in den Mai

Auch in diesem Jahr veranstaltet die SPD im Friesenhus (Kasino-Hotel) ihren traditionellen „Tanz in den Mai“. Eine große Tombola lockt mit prächtigen Gewinnen. Der Eintritt kostet 7,50 DM, Karten sind bei allen Vorstands- bzw. Fraktionsmitgliedern erhältlich. In diesem Jahr wird ein **Sonderbus** eingesetzt, der alle Stadtteile anfährt und die Teilnehmer nach Ende der Veranstaltung sicher nach Hause bringt.

Wir wünschen schon jetzt viel Vergnügen beim Tanz in den Mai!

Klaus Kraegeloh

Richtigstellung

**Schulden,
Schulden,
Schulden . . .**

allerdings nicht 60 Millionen pro Kopf der Bevölkerung, wie in der letzten gig stand, sondern insgesamt. Das ist aber immer noch zu viel, um sich eine Mehrzweckhalle leisten zu können.

Vierzügigkeit der Orientierungsstufe Kloster Oesede gefährdet!?

Zum 1. 8. 1983 (Schuljahr 1983/84) sind aus den jetzigen Klassen 4 der Schulen in Georgsmarienhütte 69 Schüler an der Orientierungsstufe Dom in Osnabrück (Ersatzschule in kirchlicher Trägerschaft) angemeldet worden. Ob alle Anmeldungen berücksichtigt werden, steht endgültig noch nicht fest.

Das Recht der Eltern, Ihre Kinder an Schulen in kirchlicher Trägerschaft anzumelden, ist unbestritten. Für den Schulträger der staatlichen Schulen können aber erhebliche Probleme entstehen. Dem hat auch der Gesetzgeber Rechnung getragen. Er führt in dem § 138 des Nieders. Schulgesetzes aus, daß die Schulbehörde mit dem kirchlichen Schulträger Verhandlungen führen soll, wenn die Mindestgröße der öffentlichen Schulen gefährdet ist. Der Schulentwicklungsplan sieht für die Orientierungsstufe als Mindestgröße für eine Orientierungsstufe die **Vierzügigkeit** vor. Ausnahmen sind nur dann zugelassen, wenn – andernfalls wesentlich ungünstigere Schulwege entstehen würden – oder dadurch ein Gebäudebestand sinnvoll genutzt werden kann. Wie ist die Situation nun in Georgsmarienhütte, besonders

in Kloster Oesede? Die Orientierungsstufe ist zur Zeit vierzünftig. Diese Vierzügigkeit könnte auch erhalten bleiben, wenn alle Schüler des 4. Schuljahres aus den Grundschulen Harderberg und Kloster Oesede in die O-Stufe am Ort überwechseln würden (104 Schüler).

Nun haben aber aus den Stadtteilen Harderberg und Kloster Oesede 32 Eltern ihre Kinder an der O-Stufe Dom in Osnabrück angemeldet. Wenn sie alle berücksichtigt würden, könnte die O-Stufe Kloster Oesede nur dreizünftig geführt werden. Erste Verhandlungen mit dem Vertreter der kirchlichen Schulen haben ergeben, daß wahrscheinlich von den 32 Anmeldungen 20 Schüler aufgenommen würden. Aber auch dann reichten die verbleibenden Schülerzahlen in Kloster Oesede **nicht** aus, um eine Vierzügigkeit sicherzustellen. Eine Vierzügigkeit ist aber notwendig, um pädagogisch sinnvoll arbeiten zu können. (Die Ausnahmeregelungen treffen für Kloster Oesede nicht zu). Daß die „Abwanderung“ von Schülern nach Osnabrück nicht nur Konsequenzen für die O-Stufe hat, sondern auch die Belange der weiterführenden Schulen – auch des Gymnasiums – erheblich berühren, soll später eingehend dargestellt werden.

Wir werden uns nach Kräften dafür einsetzen, daß die Vierzügigkeit der O-Stufe in Kloster Oesede erhalten bleibt.

H. Stahlmann



Alles, was Sie für Ihr
Handarbeitshobby
benötigen, finden Sie
in Ihrem Fachgeschäft

Handarbeitshaus

Volker Haas

4504 Georgsmarienhütte
Karlstraße 18
Telefon 0 54 01/22 25

... das
große
Freizeit-
vergnügen

**Letzte Meldung:
CDU will Bau der
Mehrzweckhalle
verschieben!**

Initiative „Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte“:



In der letzten Nr. dieser Zeitung wurde erläutert, warum wir die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone Georgsmarienhütte anstreben und wie dieses Ziel zu begründen ist. Inzwischen hat die Initiative erfolgreich den Ostermarsch hier in Georgsmarienhütte organisiert. Zum Kreis der Mitarbeiter gehören interessierte Bürger und eine Reihe von Organisationen: Katholische Junge Gemeinde Kloster Oesede, Friedenskotten, Jungsozialisten, Die Grünen, Friedensinitiative, Unabhängige Wählergemeinschaft, 3. Welt-Laden und Georgsmarienhütter Musikerinitiative. Der Ostermarsch wurde ausschließlich von diesen Personen und Gruppen durchgeführt und getragen.

Die Initiative wird in den folgenden Monaten über ihren Bürgerantrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone informieren und vor allem weiter Unterschriften für diesen Bürgerantrag sammeln. Bislang liegen etwa ein Fünftel der notwendigen 1250 Unterschriften vor.

Wie wichtig solche friedenspolitischen Aktivitäten gerade vor Ort sind, zeigen die überwiegend freundlichen Reaktionen auf unseren Ostermarsch in der Bevöl-

kerung (gerade unter älteren Mitbürgern!); die Wichtigkeit wird unterstrichen durch die politische Entwicklung zwischen den beiden Supermächten, wo immer deutlicher wird, daß die Reagan-Regierung mit gezinkten Karten spielt und sich in wahnwitzigen Zukunftsideen verliert.

Unterstützt wird unser Anliegen auch und gerade dadurch, daß die niedersächsische Landesregierung den Kommunen die Verabschiedung von Bürgeranträgen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen untersagt hat. Warum spricht die CDU-Landesregierung ein solches Verbot aus? Angeblich seien solche sicherheitspolitischen Aussagen Bundesangelegenheiten. Ist Frieden kein kommunales Thema? Will man uns ein grundlegendes Bürgerrecht nehmen, nämlich das Recht, ein viele Menschen bewegendes Thema im Rat zur Sprache zu bringen? Warum? Haben Landespolitiker Angst vor Beschlüssen, die den ganzen Rüstungswahnsinn in Frage stellen? Warum wollen sie verhindern, daß wir bei uns selbst endlich mit der Abrüstung, geistig und militärisch, anfangen? Welche Interessen stecken hinter diesem Verbot

der Landesregierung? Wir wollen uns diesen Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg nicht länger unterwerfen; deshalb sammeln wir weiter Unterschriften für den Bürgerantrag. Im Herbst wird man dann sehen, wer so ohne weiteres über einen demokratisch zustande gekommenen Bürgerwunsch hinweggeht.

Rainer Korte

Bürgerantrag

Nach § 22a NGO stellen die Unterzeichner folgendes Begehren an den Stadtrat der Stadt Georgsmarienhütte zur Beschlußfassung:

Die Stadt Georgsmarienhütte erklärt hiermit ihren Willen, weder heute noch in Zukunft der Lagerung, Aufstellung oder dem Transport atomarer und chemischer Waffen auf ihrem (über ihr) Stadtgebiet zuzustimmen. Die Stadt Georgsmarienhütte wird ebenso keine Maßnahmen im Rahmen des atomaren Zivilschutzes ergreifen oder unterstützen. Städte, Kreise und Gemeinden in der näheren und weiteren Umgebung werden aufgefordert, ebenfalls einen solchen Beschluß zu fassen.

Begründung:

1. Im Falle eines atomaren oder chemischen Krieges sind alle Kommunen betroffen, auch die Stadt Georgsmarienhütte. Mit diesem Beschluß soll ein kleiner Beitrag zur Verhinderung eines solchen Krieges geleistet werden.
2. Dieser Beschluß soll ein symbolischer Beitrag sein, um dem Wettrüsten in aller Welt entgegen zu treten. Dadurch soll auch ein Beitrag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in ganz Europa erbracht werden.
3. Zivilschutz, der über reinen Katastrophenschutz hinausgeht, läßt einen Atomkrieg als führbar erscheinen und erhöht damit die Kriegsgefahr. Aus diesem Grunde und aufgrund der Tatsache, daß es im Atomkrieg keinerlei Schutz gibt, lehnen wir diese Art von Zivilschutz ab.
4. Da die Stadt Georgsmarienhütte nicht allein betroffen ist, werden auch andere Kommunen zu Beschlüssen in diesem Sinne aufgefordert.

Nach § 22 a. (2) NGO werden als Vertreter der Unterzeichner benannt:

1. Reinhold Thiede
2. Bruno Rothe
3. Jutta Bartholomäus

Kosten entstehen durch diesen Bürgerantrag nicht.

Bitte unterschreiben, **ganze** Seite heraus-trennen und schicken an:
Initiativkreis „Atomwaffenfreie Zone“,
Feuerstätte 15
4504 Georgsmarienhütte.

	Name	Vorname	Straße	Geb.-Datum	Unterschrift
1.					
2.					

Aktuelle Wahnachlese:

Der Sieger und ein Gönner



Fortsetzung von S. 1 **Arbeitsplätze schaffen, Arbeitsplätze erhalten!**

Was können wir nun gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau tun? In unserer Situation gilt es, mit EG-Mitteln in Georgsmarienhütte Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. In Salzgitter etwa hat es solche Gelder bereits gegeben. Wenn Klöckner Arbeitsplätze abbaut, muß nicht der Konzern, sondern die Stadt Umstrukturierungshilfen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bekommen. Die SPD und ihre Stadtratsfraktion wird bei der Verwendung der Mittel (auch Landesmittel gehören dazu!) darauf achten, daß sie wirklich zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen führen.

Josef Niemann

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Grünen haben einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Flick-Affaire gefordert. Ob ein Verfahren gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff eröffnet wird, ist noch offen.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Georgsmarienhütte

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Klaus Kraegeloh, Im Siek 20, Tel. (054 01) 53 25

Redaktion: Klaus Kraegeloh, Dieter Selige, Robin Morrison,

Bernd Völkel, Detlef Hengelbrock, Gerhard Brouwer

Satz und Druck: Druckerei Günter, GMHütte, Oeseder Straße 70

Auflage: 9 000 Stück